KOMMUNALPOLITISCHE POSITIONEN

Region Marburg

IHK
Industrie- und Handelskammer
Kassel-Marburg

INHALT

Vorwort	4
I. Bürokratie konsequent abbauen – Verwaltungen effizienter gestalten	5
II. Die Region zukunftsfest aufstellen	6
III. Fachkräftesicherung	8
IV. Zentren stärken	10
V. Erhalt und Ausbau der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur	12
VI. Kommunale Steuern und Abgaben	14
VII. Gründung und Nachfolge stärken – Verwaltung digitalisieren	16
VIII. Gemeinschaftsaufgabe Energiewende	17

Impressum:

Gesamtverantwortung (V.i.S.d.P.):
Dr. Arnd Klein-Zirbes

Redaktion: Oskar Edelmann, Marko Ackermann, Alexandra Nieding, Eduard Faber, Eugen Knoth, Dr. Michael Ludwig, Pamela de Filippo, Esther Beller

Lektorat: Thomas Krause M. A.

Stand: Januar 2026

Bildnachweise:

Titel: Jörg Lantelme - stock.adobe.com
Innenseiten: Andrii Yalanskyi - stock.adobe.com, MAY - stock.adobe.com, industrieblick - stock.adobe.com, EKH-Pictures - stock.adobe.com, Karsten Socher - stock.adobe.com, Mirco Hastenteufel - stock.adobe.com, Infrareal Holding 2025 (alle Rechte vorbehalten), Stockwerk-Fotodesign - stock.adobe.com

VORWORT

Kommunalpolitische Positionen für die **Region Marburg**

Mit ihren kommunalpolitischen Positionen leistet unsere Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg einen wichtigen Beitrag zur politischen Meinungsbildung im Vorfeld der Kommunalwahlen 2026. Sie vertritt dabei das Gesamtinteresse der regionalen Wirtschaft. Gleichzeitig verstehen wir uns als verlässlicher Partner der Kommunen sowie der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger. Uns eint das Ziel, unseren Standort zukunftsfest aufzustellen. Dabei kommt es entscheidend darauf an, seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern sich derzeit tiefgreifend: Globale Machtverschiebungen, geopolitische Spannungen, unsichere Energie- und Rohstoffmärkte sowie der anhaltende Fachkräftemangel fordern Unternehmen wie Kommunen gleichermaßen heraus. Die aktuelle Konjunkturumfrage unserer Industrie- und Handelskammer zeichnet ein klares Bild: Der erhoffte Aufschwung bleibt bislang aus. Viele Betriebe blicken verhalten in die Zukunft, Investitionen werden aufgeschoben und die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist groß. Unsere Region steht vor strukturell anspruchsvollen Aufgaben, die entschlossenes und vorausschauendes Handeln auf allen politischen Ebenen erfordern.

Gerade auf kommunaler Ebene werden entscheidende Weichen für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Nordhessen und Marburg gestellt. Hier entsteht der Rahmen für Wachstum und Beschäftigung – durch eine vorausschauende Flächenpolitik, leistungsfähige Infrastrukturen, eine moderne und serviceorientierte Verwaltung, starke Bildungsangebote und den konsequenten Ausbau digitaler Strukturen.

Ziel verantwortungsvoller Kommunalpolitik muss es sein, Innovationen zu fördern und nachhaltiges Wachstum zu ermöglichen. Politisches Handeln, das sich an den Bedarfen der Wirtschaft orientiert, ist heute wichtiger denn je – denn eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für gute Politik und eine lebenswerte Region.

Désirée Derin-Holzapfel
Präsidentin der IHK Kassel-Marburg

Udo Diehl
Vorsitzender der IHK-Regionalversammlung Marburg

Désirée Derin-Holzapfel
Präsidentin der IHK Kassel-Marburg

Udo Diehl
Vorsitzender der IHK-Regionalversammlung Marburg

I. Bürokratie konsequent **abbauen** – Verwaltungen **effizienter** gestalten

Die Wettbewerbsfähigkeit der Region Marburg wird nicht nur durch Digitalisierung, sondern vor allem durch eine deutliche Reduzierung der bestehenden Regelungsdichte beeinflusst. Übermäßige Bürokratie hemmt Investitionen, verlangsamt Genehmigungsprozesse und bindet Ressourcen in Verwaltung und Wirtschaft. Ein konsequenter Bürokratieabbau auf allen Ebenen – von kommunalen Gesellschaften über Körperschaften des öffentlichen Rechts bis hin zur Landes- und Bundesebene – ist daher zwingend erforderlich.

Forderungen der IHK Kassel-Marburg:

1. Regelungsdichte auf allen Ebenen reduzieren

Kommunale und staatliche Regelwerke sind auf ihre Notwendigkeit und Wirkung zu überprüfen. Ziel ist es, Vorschriften zu vereinfachen, zu entbürokratisieren und auf das unbedingt Erforderliche zu beschränken. Ein systematischer „Bürokratie-Check" soll regelmäßig durchgeführt werden, um neue Belastungen zu vermeiden.

2. Personalabbau durch Effizienzsteigerung

Durch Digitalisierung, Aufgabenbündelung und Prozessoptimierung können Verwaltungsstrukturen deutlich verschlankt werden. Dadurch kann Aufwand im öffentlichen Dienst – von der kommunalen Ebene bis hin zur Landes- und Bundesebene – in erheblichem Maße reduziert werden.

3. Doppelstrukturen abbauen

Die Zusammenarbeit von Kommunen, Stadt Marburg und Landkreis muss effizienter organisiert werden. Doppelstrukturen kosten Zeit und Ressourcen und verursachen so Mehrkosten. Tätigkeiten der öffentlichen Hand sind auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und sollten – wo es sinnvoll ist – zusammengeführt oder aufgelöst werden, insbesondere sollte die Stadt Marburg über eine Aufgabenteilung mit dem Landkreis nachdenken. Gemeinsame Plattformen, abgestimmte Förderstrategien und einheitliche Serviceangebote für Unternehmen erhöhen die Wirkungskraft und senken den Aufwand.

II. Die Region **zukunftsfest aufstellen**

Region gemeinsam gestalten – wirtschaftsfreundliches Handeln stärken

Die Herausforderungen für Kommunen, Unternehmen und Institutionen werden komplexer. Digitalisierung, Fachkräftemangel, Mobilitätswende und Energietransformation verändern die Rahmenbedingungen grundlegend und erfordern entschlossenes Handeln. Damit die Region Marburg wirtschaftlich stark und lebenswert bleibt, braucht es eine klare strategische Ausrichtung von Politik und Verwaltung, eine effiziente und schlanke Verwaltung sowie schnelle Genehmigungsverfahren. Doch statt abgestimmter Konzepte dominieren vielerorts kleinteilige Einzelentscheidungen, die oft unzureichend mit Wirtschaft, Wissenschaft und Nachbarkommunen abgestimmt sind. Dies hemmt die Umsetzung wichtiger Zukunftsvorhaben und führt zu Doppelarbeit, Verzögerungen oder ineffizientem Mitteleinsatz.

Gleichzeitig fehlt es in der Verwaltung vielerorts an einem unternehmerisch geprägten Denken. Wirtschaft wird zwar gehört, aber nicht immer als aktiver Partner in der Regionalentwicklung verstanden. Unternehmen erleben wiederholt langwierige Verfahren, fehlende Zuständigkeiten oder mangelnde Planungsbereitschaft bei Zukunftsthemen wie Digitalisierung, Standortausbau oder Fachkräftesicherung. Diese Defizite führen zu wachsender Frustration und kosten die Region Tempo im Wettbewerb um Investitionen, Arbeitsplätze und Innovation.

Strategien gemeinsam entwickeln – Verantwortung gemeinsam übernehmen

Die Region Marburg braucht ein abgestimmtes Zukunftsbild. Stadt, Landkreis, Universität, Unternehmen, Verbände und weitere Akteure müssen ihre Entwicklungsperspektiven miteinander verzahnen. Statt Parallelstrukturen bei Wirtschaftsförderung, Flächenentwicklung oder Fachkräftesicherung braucht es gemeinsame Plattformen, abgestimmte Projekte und eine regionale Governance, die klare Zuständigkeiten schafft. Verwaltungshandeln muss dabei wirtschaftsfreundlich, lösungsorientiert und umsetzungsstark sein.

Forderungen der IHK Kassel-Marburg:

1. Verwaltungen wirtschaftsfreundlich ausrichten – Verwaltungskultur ändern

Statt einer verwaltenden Haltung braucht es ein ermöglichendes Mindset in den Verwaltungen; schnellere Entscheidungen, weniger Berichtspflichten und ein klarer Fokus auf den Nutzen für Unternehmen und Bürger. Dazu gehören lösungsorientiertes Handeln, verbindliche Fristen, verlässliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie die aktive Mitwirkung an wirtschaftsbezogenen Zukunftsthemen.

2. Ein gemeinsames Zukunftsbild für die Region entwickeln

Die Wirtschaft sorgt für die Versorgung von Waren und Dienstleistungen in der Region. Kommunale Entscheidungen sollen dazu beitragen, diese Versorgung zu sichern, zu stärken und widerstandsfähig zu halten.

Kommunen, Landkreis, Hochschule, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollen gemeinsam eine wirtschaftsfreundliche Zukunftsstrategie für die Region Marburg erarbeiten. Diese sollte auch die Bundeswehr als Wirtschaftsfaktor mitdenken und Ziele für Infrastruktur, Klimaanpassung, Bildung, Wohnen, Digitalisierung und Fachkräftesicherung enthalten sowie regelmäßig überprüft werden.

3. Politische Mitwirkungsmöglichkeiten für Unternehmen verbessern

Die regionale Wirtschaft ist bei politischen Entscheidungen, insbesondere bei der Ausweisung von Flächen, Infrastrukturplanung, Klimastrategien und kommunalen Wirtschaftskonzepten, systematisch und frühzeitig zu beteiligen.

4. Den Pharmastandort strategisch sichern und weiterentwickeln

Die Behringwerke und die daran angeschlossenen Cluster sind von überregionaler Bedeutung. Ihre Zukunftsfähigkeit hängt von leistungsfähiger Infrastruktur, verlässlichen Genehmigungsprozessen und einem innovationsfreundlichen Umfeld ab. Kommunale und regionale Strategien müssen diesen Standort gezielt stützen.

5. Gewerbegebiete schneller entwickeln

Flächen für Gewerbeansiedlungen und Betriebserweiterungen müssen schneller und planungssicher verfügbar sein. Dafür braucht es eine abgestimmte Flächenstrategie zwischen den Kommunen und dem Landkreis. Bauleitplanung, Erschließung, Vermarktung, digitale Genehmigungsverfahren und klare Zielvorgaben bis zur Umsetzung sind umsetzungsorientiert zu organisieren.

Dabei sind die Kommunen aufgerufen, verstärkt interkommunale Gewerbe- und Industriegebiete zu entwickeln, zu erschließen und zu vermarkten. Gerade in ländlichen Regionen kann so eine wirtschaftliche Dynamik entstehen, die Einzelkommunen alleine nicht erreichen könnten.

6. Verwaltung modernisieren und digitalisieren

Die IHK fordert einen verbindlichen Digitalisierungspfad für die kommunale Verwaltung und dessen Umsetzung: Ziel ist ein vollständig digitaler, medienbruchfreier Zugang zu Genehmigungs- und Förderverfahren für Unternehmen. Gleichzeitig erzeugen Wartezeiten auf kommunale Genehmigungen und Zulassungen bei Unternehmen enorme Mehrkosten. Bei zeitsensiblen Vorgängen sind Fast Lanes mit einem garantierten Service-Level für die Wirtschaft einzurichten (z. B. bei Führerschein- und Zulassungsstellen, Ausländerbehörde etc.).

7. Kommunen krisensicher machen

Die Kommunen müssen sich für Katastrophen-, Sicherheits- und Verteidigungsfälle rüsten und die notwendigen Vorkehrungen treffen mit dem Ziel, negative Auswirkungen solcher Ausnahmesituationen auf die lokale Bevölkerung und Wirtschaft zu minimieren. Für die Region Marburg bedeutet dies die konsequente Weiterentwicklung von Katastrophenschutzkonzepten unter Einbindung der regionalen Unternehmen, insbesondere bei kritischer Infrastruktur, Kommunikationssystemen und Versorgungssicherheit. Vor diesem Hintergrund ist auch zu prüfen, ob der sog. Behring-Tunnel nicht nur als Infrastrukturmaßnahme, sondern auch als öffentlicher Schutzraum in Frage kommt.

Der Bundeswehrstandort Stadtallendorf macht die Region zu einem wichtigen Baustein der Gesamtverteidigung. In Krisenlagen braucht es ein starkes Miteinander von Bundeswehr, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Kommunalpolitik spielt dabei eine Schlüsselrolle: Sie schafft die Rahmenbedingungen für verlässliche Partnerschaften, regionale Vernetzung und eine widerstandsfähige Infrastruktur. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist dabei nicht nur sicherheitspolitisch relevant – sie ist Teil moderner kommunaler Daseinsvorsorge.

III. Fachkräftesicherung

Fachkräfte gewinnen und halten – Region Marburg zukunftsfähig aufstellen

Die Fachkräftesicherung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg in der Region Marburg. Der demografische Wandel verringert das Angebot an Arbeitskräften, während gleichzeitig die Anforderungen an Qualifikation und Spezialisierung steigen. Viele Unternehmen in Industrie, Gesundheitswirtschaft und Dienstleistungssektor spüren bereits heute, wie schwierig es geworden ist, offene Stellen zu besetzen. Gleichzeitig sinkt die Zahl ausbildungsinteressierter junger Menschen, während gleichzeitig ihre Ausbildungsreife häufig nicht ausreicht.

In der Region Marburg wirkt sich die hohe Zahl an Studierenden nicht automatisch positiv auf den regionalen Arbeitsmarkt aus. Viele Absolventinnen und Absolventen verlassen die Region nach dem Studium, sodass wertvolle Potenziale verloren gehen. Hinzu kommt, dass steigende Lebenshaltungskosten und ein angespannter Wohnungsmarkt die Ansiedlung von jungen Fachkräften zusätzlich erschweren. Gleichzeitig ist auch der öffentliche Dienst unter Druck: Die kommunalen Verwaltungen kämpfen mit steigenden Personalkosten und strukturellen Überlastungen, was sich negativ auf die Servicequalität auswirkt und damit auch auf die Standortattraktivität.

Fachkräftesicherung braucht klare Strukturen – Wohnen, Ausbildung und Verwaltung zusammendenken

Eine erfolgreiche Fachkräftestrategie für die Region Marburg muss mehrere Handlungsfelder gleichzeitig adressieren: Dazu gehören attraktive Wohnraumbedingungen, passgenaue Bildungsangebote, effiziente und entlastete kommunale Strukturen sowie die gezielte Bindung von Potenzialen, die bereits in der Region vorhanden sind – wie etwa Studienzweifler oder Rückkehrwillige. Eine stärkere Kooperation zwischen Kommunen, Universität, Unternehmen und Berufsschulen ist dafür ebenso notwendig wie die gemeinsame Entwicklung kommunaler Standortangebote.

Forderungen der IHK Kassel-Marburg:

1. Berufsorientierung stärken & Übergänge sichern

Die Berufsorientierung in Schulen, insbesondere auch an den Gymnasien, sollte möglichst frühzeitig und praxisnah erfolgen. Gleichzeitig ist eine stärkere Verzahnung von allgemeinbildenden und beruflichen Bildungswegen notwendig. Allgemeinbildende und berufliche Schulen sollten dabei eng kooperieren und ein passgenaues Matching zwischen Schülerinnen und Schülern ermöglichen.

2. Ausbildungsfähigkeit und -motivation erhöhen

Berufsorientierende Angebote für Jugendliche (für solche mit Unterstützungsbedarf bis hin zu Gymnasiasten) sowie gezielte Motivationskampagnen zur Aufwertung der dualen Ausbildung – auch mit Unterstützung kommunaler Einrichtungen – sind auszubauen. Zusätzlich ist es wichtig, geeignete Unterstützungsangebote zur Verfügung zu stellen, um Jugendlichen mit weiter Anreise die Aufnahme und Durchführung einer Ausbildung zu erleichtern.

3. Erwerbspotenziale aktivieren und halten

Die Fachkräftegewinnung aus dem In- und Ausland (zum Beispiel über Partnerstädte) ist zu verbessern. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Kinderbetreuung optimieren). Auch gezielte Strategien für Rückkehrende (rückkehrend in die Region und in das Arbeitsleben) sollten kommunal flankiert und in regionale Entwicklungsstrategien integriert werden.

4. Studienzweifler für Ausbildung und Beruf gewinnen

Viele junge Menschen brechen ihr Studium ab oder zweifeln frühzeitig an ihrer Wahl – hier liegen große Potenziale für die duale Ausbildung. Stadt, Universität, IHK und Betriebe sollten gemeinsam Informations- und Übergangsangebote schaffen, um Studienzweifler gezielt für den regionalen Arbeitsmarkt zu gewinnen.

5. Zukunftsfähige und betriebsnahe Berufsschulen ermöglichen

Eine verlässliche Standortsicherung für die Berufsschulen, insbesondere in der Fläche, ist sicherzustellen. Weiterhin sind Investitionen in digitale und räumliche Infrastruktur der Schulen notwendig. Regionale Bildungskonzepte sollten realisiert werden, die sowohl betriebliche Bedarfe als auch die demografische Entwicklung einbeziehen.

6. Personal in Kommunen auf das Wesentliche konzentrieren

Der Abbau nicht zwingend benötigter Stellen in Verwaltungen von Stadt, Landkreis und Kommunen soll über Digitalisierung, Aufgabenbündelung und Prozessoptimierung erfolgen. So können finanzielle und personelle Ressourcen auf zentrale Zukunftsthemen wie Bildung, Infrastruktur und Wirtschaftsservice gelenkt werden.

7. Bezahlbaren Wohnraum gezielt fördern

Insbesondere Berufseinsteiger, Auszubildende und junge Familien benötigen Wohnraum, der mit regionalem Einkommen bezahlbar sein sollte. Kommunen sollten dabei mit Wohnungsbaugesellschaften zusammenarbeiten und Wohnraumstrategien entwickeln, die dem demografischen Wandel entgegenwirken.

IV. Zentren **stärken**

Der IHK-Bezirk Kassel-Marburg ist stark durch ländliche Räume mit einer Vielzahl historischer Orts- und Stadtkerne geprägt. Diese Orte bilden wichtige Lebensmittelpunkte für die Bevölkerung, dienen als Identifikationsorte und tragen zur regionalen Attraktivität für Fachkräfte, Touristen und Unternehmen bei. Jedoch stehen viele Innenstädte und Ortskerne zunehmend unter Druck. Wesentliche Gründe hierfür sind:

- **Erosion zentraler Versorgungsstrukturen:** In zahlreichen Grundzentren ist die wohnortnahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs nicht mehr gesichert. Einzelhandel, Dienstleistungen und medizinische Angebote verlagern sich an die Peripherie oder verschwinden ganz.

- **Funktionseinbußen in Mittel- und Oberzentren:** Sinkende Passantenfrequenzen, zunehmende Leerstände, infrastrukturelle Defizite (v. a. im öffentlichen Nahverkehr, Straßen- und Schienennetz sowie der digitalen Anbindung) beeinträchtigen insbesondere Mittelzentren.

- **Strukturelle Veränderungen durch Digitalisierung:** Der Onlinehandel wächst kontinuierlich und stellt lokale Betriebe – vor allem kleine Einzelhändler und Dienstleister – vor große Herausforderungen. Gerade in der Region Marburg, wo viele Betriebe inhabergeführt und stark lokal verwurzelt sind, besteht ein hoher Handlungsdruck für die Digitalisierung und Erschließung neuer Vertriebskanäle.

- **Nutzungseinseitigkeit und unzureichende Flächenproduktivität:** Die gestiegenen Anforderungen an Aufenthaltsqualität, Mobilitätskonzepte, Erreichbarkeit und Nutzungsmischung treffen auf veraltete Stadtstrukturen und knappe Ressourcen, wodurch Investitionen in neue Konzepte erschwert werden.

Innenstädte und zentrale Versorgungsbereiche sichern regionale Lebensqualität und wirtschaftliche Stärke. Ihre Erreichbarkeit, Nutzungsvielfalt und Aufenthaltsqualität sind zentrale Standortfaktoren – für Betriebe ebenso wie für Bevölkerung und Tourismus. Zukunftsfähige Zentren brauchen deshalb integrierte Konzepte für Mobilität, Digitalisierung und Stadtentwicklung. Gerade in der Region Marburg gilt es, Infrastrukturengpässe zu beseitigen, Innovationen zu nutzen und gemeinsame Lösungen für vitale Ortskerne zu schaffen.

Forderungen der IHK Kassel-Marburg:

1. Städtebauliche Entwicklung nach innen priorisieren

Die kommunale Bauleitplanung muss gezielt auf die Stärkung zentraler Versorgungsbereiche ausgerichtet sein. Darüber hinaus soll die ortsbildprägende Altbausubstanz erhalten, modernisiert und für neue Nutzungen aktiviert werden – insbesondere für Wohnen, Dienstleistung, Gastronomie, Kultur und kleinteiligen Einzelhandel.

2. Kommunales Zentrenmanagement einführen und verstetigen

Kommunen sollen dauerhaft ein professionelles Zentren- und Leerstandsmanagement etablieren, das gezielt Akteure vernetzt, Flächen vermittelt, kreative Zwischennutzungen unterstützt und neue Nutzungsideen moderiert. Zudem sind lokale Netzwerke, Standortgemeinschaften und Kooperationen zwischen Stadtverwaltung, Gewerbetreibenden, Eigentümerinnen und Eigentümern sowie der Zivilgesellschaft aktiv zu fördern.

3. Infrastruktur der Zentren zukunftsfähig gestalten

- Kommunen sind angehalten, in intelligente Mobilitäts- und Verkehrskonzepte zu investieren: Rad- und Fußverkehr, Parkraumlösungen sowie moderne ÖPNV-Anbindungen. Dazu gehören eine verbesserte Taktung, schnelle Verbindungen zwischen Umland und Zentrum sowie ein gemeinsamer Planungsrahmen zwischen Oberzentrum, Landkreis und Verkehrsunternehmen.

- Die Verkehrsplanung muss Innenstädte, Gewerbestandorte und Umland stärker vernetzen. Ziel ist eine zuverlässige und wirtschaftsverträgliche Erreichbarkeit von Innenstädten und Gewerbestandorten mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) sowohl für Kunden als auch für Dienstleister und Lieferverkehre kombiniert mit innovativen Lösungen zur Verkehrslenkung. Verkehrslenkende Eingriffe sind stets mit besonderer Sorgfalt und unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen zu planen. Dabei ist sicherzustellen, dass zentrale Verkehrsbeziehungen auch künftig zuverlässig funktionieren. Einschränkungen sind nur dann tragfähig, wenn leistungsfähige Alternativen bereits zur Verfügung stehen.

- Kommunen benötigen leistungsfähige Hauptverkehrs- und Durchgangsstraßen. Eine Ausweitung von Tempo-30-Zonen auf diesen Straßenzügen darf nicht zu einer unangemessenen Beeinträchtigung wirtschaftlicher Logistik, der Kundenverkehre oder Notfallversorgung führen. Einheitliche Kriterien und Beteiligungsverfahren sind nötig.

- Innovative Ansätze wie eine bedarfsorientierte City-Logistik, Mikrodepots und E-Ladestationen sind in kommunale Infrastrukturkonzepte einzubeziehen.

4. Innovative Erschließungskonzepte zur Stärkung von Zentren prüfen

- Autonomes vernetztes Fahren in Pilotprojekten erproben: Die Region Marburg soll sich als Teststandort für autonomes vernetztes Fahren positionieren. Erste Anwendungen können im Campusverkehr, im Klinikumfeld oder als Verbindung zwischen P&R-Standorten und Innenstadt realisiert werden. Technische Infrastruktur und Datennetze sind dafür zielgerichtet auszubauen.

- Eine Machbarkeitsstudie zu Seilbahnverbindungen als Teil des ÖPNV in Marburg kann wertvolle Erkenntnisse über Kosten, Nutzen und Akzeptanz bringen. Die Prüfung soll ergebnisoffen, aber mit klaren Wirtschaftlichkeitskriterien erfolgen.

- Die Umsetzung eines leistungsfähigen P&R-Parkhauses an der B3 mit regelmäßigem kostenlosem Shuttle in die Innenstadt entlastet die Innenstadt und stärkt die verkehrliche Anbindung aus dem Umland.

5. Erlebnisräume und Aufenthaltsqualität schaffen

Zentren fungieren nicht länger nur als Einkaufsorte, sondern sollten als Lebensräume mit multifunktionalen Nutzungsmöglichkeiten begriffen und entwickelt werden: Wohnen, Kunst, Kultur, Sport, Freizeit, Gesundheit, Arbeit und vieles mehr bereichern das Angebot in den Innenstädten. Regelmäßige Veranstaltungen, Märkte und Aktionen sollen die Innenstadtbelebung unterstützen. Hierfür sind Genehmigungsprozesse zu vereinfachen und Budgets langfristig zu sichern. Verkaufsoffene Sonntage müssen rechtssicher umsetzbar sein und Standortgemeinschaften bei Vorhaben unterstützt werden.

V. **Erhalt und Ausbau** der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur

Wirtschaft verbinden – leistungsfähige Verkehrs- und Digitalnetze ausbauen

Eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur und eine gute Verkehrsanbindung sind Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum, Versorgungssicherheit und betriebliche Mobilität. In der Region Marburg spielt dies besonders für die Industrie, den Gesundheitssektor, die Logistik sowie für die vielen Berufspendlerinnen und -pendler eine zentrale Rolle. Der Pharmastandort rund um die Behringwerke, die Gesundheitswirtschaft, mittelständische Industrieunternehmen sowie Versorgungsbetriebe sind auf leistungsfähige Anbindungen angewiesen – sowohl auf der Straße als auch per Bahn.

Stadtallendorf, als wichtiger Industriestandort mit militärischer Infrastruktur, benötigt ebenso moderne Verkehrsanbindungen wie digitale Netze, um langfristig attraktiv zu bleiben. Der Lückenschluss der A49 bietet zusätzliche Chancen für Logistik, Zulieferstrukturen und Beschäftigtenmobilität, die jetzt gezielt genutzt werden sollten.

Verkehr und digitale Netze leistungsfähig halten – Zukunftssicherheit durch Planung, Ausbau und Vernetzung

Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur müssen heute als vernetzte Systeme gedacht werden. Wo digitale Mobilitätslösungen entstehen, braucht es auch flächendeckenden 5G-Ausbau und schnelle Glasfaseranschlüsse. Marburg und das Umland brauchen eine klare regionale Entwicklungsstrategie für Verkehr, Logistik und Dateninfrastruktur – abgestimmt zwischen Stadt, Landkreis und den betroffenen Unternehmen.

Forderungen der IHK Kassel-Marburg:

1. Ausbau der B454 wirtschaftsfreundlich gestalten

Der Ausbau der B454 ist für Betriebe entlang der Achse zwischen Marburg, Cölbe und Stadtallendorf von hoher Bedeutung. Die Umsetzung muss mit Blick auf Erreichbarkeit, Bauzeit und Umleitungsverkehre unter Berücksichtigung betrieblicher Belange erfolgen.

2. Chancen des A49-Lückenschlusses konsequent nutzen

Die Fertigstellung der A49 schafft neue Potenziale für Gewerbeansiedlungen, Logistik und regionale Arbeitsteilung. Diese Potenziale müssen über gezielte Standortentwicklung und abgestimmte Verkehrsanbindung realisiert werden.

3. Leistungsfähige Anbindung des Pharmastandorts zügig umsetzen

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Pharmaclusters rund um die Behringwerke ist eine zuverlässige, leistungsstarke Verkehrsanbindung unverzichtbar. Planungsprozesse müssen beschleunigt und infrastrukturelle Engpässe frühzeitig beseitigt werden.

4. Bahnanbindung für Personen- und Güterverkehr verbessern – Stärkung der Main-Weser-Bahn

Die Region benötigt eine verlässlichere, leistungsfähigere und besser getaktete Bahnanbindung auf der Main-Weser-Bahn sowie der Mitte-Deutschland-Verbindung, sowohl für Berufspendler als auch für Unternehmen mit Lieferketten im Schienenverkehr. Neue Haltepunkte, moderne Umsteigeknoten und Güteranschlüsse sollen stärker berücksichtigt werden.

5. Potentiale der Garnisonsstadt Stadtallendorf stärken

Die verkehrliche Anbindung und digitale Erschließung von Stadtallendorf muss im Rahmen der Bundes- und Landesentwicklung mitgedacht werden. Die Standortentwicklung erfordert eine klare Perspektive für Mobilität, Fläche und Versorgung.

6. Glasfaserausbau (FTTH) und 5G-Ausbau flächendeckend vorantreiben

Der flächendeckende Glasfaserausbau hin zu einer flächendeckenden Gigabitversorgung soll mit hoher Priorität fortgesetzt werden. Funklöcher in Stadt und Landkreis sind in Kooperation zwischen Kommunen und Netzbetreiber schnellstmöglich zu schließen. Für digitale Anwendungen sind der Ausbau von 5G und schnelle Glasfaseranschlüsse unerlässlich und sollte aktiv durch die Kommunen begleitet werden.

7. Digitale Erreichbarkeit verbessern

In allen Ortskernen sowie an touristischen und öffentlichen Standorten sollen offene WLAN-Netze etabliert und ausgebaut werden. Kommunale Digitalisierungskonzepte sollten diese Maßnahme integrieren.

8. Gesamtverteidigung berücksichtigen

Ertüchtigung der lokalen Verkehrsinfrastruktur für den Sicherheits- und Verteidigungsfall. Hierzu zählen:

- Die Befahrbarkeit von Straßen durch militärischen Schwerlastverkehr.
- Die Einbindung von Bahnverladestellen, Kasernen und kritischer Infrastruktur in regionale Verkehrsplanungen.
- Die Entwicklung kommunaler Notfall- und Katastrophenschutzkonzepte im Sinne zivil-militärischer Zusammenarbeit.

VI. Kommunale **Steuern und Abgaben**

Hessenweit sehen sich die Kommunen zunehmend mit hohen finanziellen Herausforderungen konfrontiert. Nach Zahlen des Statistischen Landesamts verzeichneten vier von fünf Kommunen im Jahr 2024 ein Defizit. Die Hauptursachen dafür sind gestiegene Ausgaben – insbesondere im Bereich der Sozialleistungen und bei den Personalkosten. Anstatt diese Haushaltsdefizite durch Einsparungen, Digitalisierung und ähnliche Aktivitäten zu kompensieren, greifen viele Städte und Gemeinden im Bezirk der IHK Kassel-Marburg zu Steuererhöhungen oder führen neue zusätzliche Abgaben ein.

Standort attraktiv halten – Belastungen für Unternehmen begrenzen

Eine wirtschaftsfreundliche Steuer- und Abgabenpolitik ist ein zentraler Standortfaktor für Unternehmen. In der Region Marburg, wo mittelständische Industrie, Gesundheitswirtschaft, Handwerk, Handel und Dienstleistungen zusammenwirken, hängt die Wettbewerbsfähigkeit wesentlich von stabilen Rahmenbedingungen ab. Viele Betriebe sind mit steigenden Betriebskosten, höheren Löhnen und zusätzlichen Berichtspflichten konfrontiert. In dieser Situation wirken lokale Steuererhöhungen und neue kommunale Abgaben oft als zusätzlicher Belastungsfaktor und führen nicht selten zu Investitionszurückhaltung oder Standortentscheidungen zulasten der Region.

Gleichzeitig ist die wohnortnahe Versorgung mit Waren und Dienstleistungen – insbesondere in den Stadtteilen und im ländlichen Raum – gefährdet, wenn Nahversorgungsangebote durch Steuerbelastungen, Parkraumbewirtschaftung oder restriktive Regelungen zusätzlich unter Druck geraten. Auch neue oder erweiterte Gewerbeansiedlungen geraten ins Stocken, wenn verfügbare Flächen fehlen oder Planungsverfahren zu lange dauern.

Solide Finanzen durch kluge Ausgabendisziplin – Entwicklung ermöglichen, nicht verhindern

Statt die kommunale Einnahmeseite durch höhere Steuern oder neue Abgaben zu erweitern, sollte die Politik zunächst interne Effizienzreserven heben und die Ausgabenseite konsequent überprüfen. Ein wirtschaftsfreundliches Klima entsteht dort, wo Kommunen gezielt in Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung investieren – nicht durch zusätzliche Belastungen für Unternehmen. Parallel gilt es, Voraussetzungen für Wachstum zu schaffen.

Forderungen der IHK Kassel-Marburg:

1. Kosten senken statt Steuern erhöhen

Kommunen sollten ihre Haushalte durch Ausgabenkontrolle, Digitalisierung und Aufgabenkritik konsolidieren, statt über höhere Gewerbesteuerhebesätze oder neue kommunale Sonderabgaben wie Übernachtungssteuern, Tourismusabgaben bzw. die Einführung kommunaler Verpackungssteuern nachzudenken. Zusätzliche Belastungen schwächen die Investitionsbereitschaft und das Vertrauen der Betriebe.

2. Einhaltung der Aufkommensneutralität bei der Grundsteuerreform:

Kommunen sollten die empfohlenen Hebesätze des Landes Hessen zur aufkommensneutralen Umsetzung der Grundsteuerreform übernehmen oder rückwirkend anpassen, um zusätzliche Belastungen für Eigentümer und Unternehmen zu vermeiden. Lediglich acht der fünfzehn Kommunen im Altkreis Marburg haben den empfohlenen Hebesatz in etwa übernommen.

3. Nahversorgung sichern – lokal, kleinteilig, zukunftsfähig

Die wohnortnahe Versorgung mit Lebensmitteln, medizinischen Leistungen, Dienstleistungen und alltäglichem Bedarf ist ein Beitrag zur Lebensqualität und Daseinsvorsorge. Kommunen sollen bestehende Strukturen unterstützen, gezielte Ansiedlungsanreize setzen und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für kleinere Versorger erhalten.

4. Gewerbegebiete vorausschauend entwickeln

Flächen für Gewerbeansiedlungen und Betriebserweiterungen müssen schneller und planungssicher verfügbar sein. Dafür braucht es eine abgestimmte Flächenstrategie zwischen Stadt und Landkreis, digitale Genehmigungsverfahren und klare Zielvorgaben zur Flächenaktivierung.

VII. Gründung und Nachfolge **stärken** – Verwaltung **digitalisieren**

Die Region Nordhessen und Marburg steht vor der Herausforderung, die Gründungs- und Nachfolgedynamik nachhaltig zu stärken. Denn das Gründungsgeschehen stagniert seit vielen Jahren auf einem niedrigen Niveau. Hemmnisse bestehen insbesondere in komplizierten Verwaltungsverfahren, der mangelnden Digitalisierung kommunaler Dienstleistungen sowie unzureichenden Förderstrukturen vor Ort. Die Folge: Viele potenzielle Gründerinnen und Gründer zögern, ihre Geschäftsidee in die Praxis umzusetzen oder wandern in andere Regionen ab.

Gleichzeitig verschärft sich auch der Handlungsdruck im Bereich der Unternehmensnachfolge. Zahlreiche inhabergeführte Betriebe – insbesondere in den ländlich geprägten Teilen des IHK-Bezirks – stehen in den kommenden Jahren zur Übergabe an, ohne dass geeignete Nachfolgerinnen oder Nachfolger bereitstehen. Laut DIHK-Report Unternehmensnachfolge 2024 gibt es bundesweit bereits deutlich mehr übergabewillige Unternehmerinnen und Unternehmer als übernahmebereite Interessenten. In Nordhessen und der Region Marburg spiegelt sich dieses Bild insbesondere in den Branchen Handel, Gastronomie und unternehmensnahe Dienstleistungen wider. Zusätzlich schrecken bürokratische Anforderungen, fehlende Finanzierungsmöglichkeiten und komplexe Rechtsvorgaben viele potenzielle Übernehmerinnen und Übernehmer ab.

Zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik muss es sein, Gründungen und Nachfolgen aktiv zu erleichtern. Doch viele Kommunen sind strukturell und digital nicht ausreichend aufgestellt: Gründungsrelevante Verwaltungsprozesse erfolgen vielfach analog, Medienbrüche und lange Bearbeitungszeiten erschweren und verzögern die Umsetzung unternehmerischer Vorhaben erheblich.

Die Kommunen in der Region Marburg müssen eine zentrale Rolle dabei einnehmen, die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln zu verbessern. Dafür braucht es einen Mentalitätswechsel in Verwaltung und Politik: weg vom Verwalten, hin zum aktiven Ermöglichen.

Forderungen der IHK Kassel-Marburg:

1. Kommunale Verwaltung digitalisieren und entbürokratisieren

- Digitale One-Stop-Shops für Gründungen: Gewerbeanmeldungen, Genehmigungen und Förderanträge müssen medienbruchfrei, standardisiert und nutzerfreundlich digital durchführbar sein.
- Mittels Praxischecks durch Unternehmen sollten digitale Verwaltungsprozesse einer Bewertung unterzogen und anwenderfreundlich gestaltet bzw. nachgebessert werden.

2. Gründungsgeschehen und Nachfolge aktiv fördern

- Bereitstellung von Coworking-Räumen, Gründungszentren oder befristeten Nutzungsmöglichkeiten leerstehender Immobilien (z. B. für Pop-up-Stores).
- Kommunale Förderprogramme auflegen, um mehr Gründungen und Nachfolgen zu ermöglichen.
- Bürokratische Entlastungen bei Unternehmensübergabe (z. B. Genehmigungsverfahren).

VIII. Gemeinschaftsaufgabe **Energiewende**

Kommunen und Städte müssen zukunfts- und ausfallsicher sowie kosteneffizient gemeinsam mit den regionalen Energieversorgern eine nachhaltige Energieversorgung sicherstellen und das Gelingen der Transformation vor Ort gewährleisten. Die lokale Wirtschaft sollte dabei mit einbezogen werden, um Planungssicherheit und Akzeptanz zu erhöhen.

Trotz des zunehmenden Ausbaus der erneuerbaren Energien (EE) im IHK-Bezirk stockt die Energiewende auf vielen Ebenen. Hohe Energiepreise und Netzentgelte und sich ständig verändernde Rahmenbedingungen verunsichern Unternehmen. Um die hochgesteckten Ziele der Klimaneutralität zu erreichen, sind die sukzessive Elektrifizierung der Mobilität und der Wärmeversorgung sowie einiger industrieller Prozesse unabdingbar. Zur Erfüllung dieser Ziele werden regionale Pläne zum Infrastrukturausbau erarbeitet. Dazu zählen Kommunale Wärmepläne, die größere Kommunen aufstellen müssen, Stromnetzausbaupläne für die verschiedenen Spannungsebenen oder auch Planungen für eine regionale Wasserstoffinfrastruktur. Die Umsetzung dieser Pläne erfordert jedoch hohe Investitionen und Personalkapazitäten und bedarf langer Genehmigungs- und Bauzeiten.

Forderungen der IHK Kassel-Marburg:

1. Ausbau der regionalen Erzeugungskapazitäten und der Energienetzinfrastruktur:

Der auf die Anforderungen der Energiewende abgestimmte Ausbau der regionalen Erzeugungskapazitäten und der Energienetzinfrastruktur muss vorangetrieben werden, um die Versorgungssicherheit sowie möglichst geringe Energiepreise und Netzentgelte langfristig zu gewährleisten. Dieser Ausbau sollte weitestgehend bürokratiearm, schnell und im Gleichschritt von Netzausbau und EE-Aufbau geschehen. Idealerweise kann regional erzeugter Strom auch regional bezogen werden. Der Bau möglicher regionaler Rechenzentren, die Digitalisierung und der verstärkte Einsatz von KI sowie die Elektrifizierung der verschiedenen Sektoren müssen für eine zukunftsfähige Planung Berücksichtigung finden. In Anbetracht der angespannten weltpolitischen Lage ist darüber hinaus ein verstärkter Fokus auf die Themen Energieresilienz, Cyber-Security und den Schutz regionaler Energieinfrastruktur zu legen.

2. Das Wasserstoff-Kernnetz und lokale Verteilnetze zügig ausbauen:

Der Anschluss der Region an das geplante Wasserstoff-Kernnetz sollte zügig in die Umsetzung gehen, sich in ersten Planungen befindliche Verteilnetzstrukturen zu wichtigen Industriebetrieben in die Region sollten konkretisiert und ebenfalls aufgebaut werden.

3. Energiewende vorantreiben durch Digitalisierung:

Kommunen und Städte können die Energiewende beschleunigen, indem sie Verwaltungsprozesse digitalisieren und vereinfachen sowie ihre personelle Ausstattung zielgerichtet verbessern. Digitale Antragsverfahren für Genehmigungen können die Bearbeitungszeiten erheblich verkürzen und den Zugang für Unternehmen erleichtern. Zudem könnten zentrale Online-Plattformen entwickelt werden, über die sowohl Fördermittelanträge als auch Energieprojekte verwaltet werden, was Transparenz und Effizienz erhöht. Parallel dazu sind Schulungen und Weiterbildungen für bestehendes Personal in den kommunalen Verwaltungen essenziell, um technisches und regulatorisches Know-how aktuell zu halten.

4. Lokale Regulierung als Gefahr für Wirtschaftsstandort:

Lokale Regulierung durch ergänzende Energie-, Umwelt- oder Klimavorschriften kann den Wirtschaftsstandort gefährden, da übermäßig komplexe und bürokratische Vorgaben Investitionen hemmen und die lokale Wirtschaft gegenüber Nachbarkommunen schlechter stellen. Insbesondere kleinere Betriebe leiden unter hohen Kosten und großem Zeitaufwand für die Einhaltung zahlreicher Vorschriften, was ihre Wettbewerbsfähigkeit einschränkt.

5. Kommunale Wärmeplanung vorausschauend und im Dialog umsetzen:

Die kommunale Wärmeplanung sollte wirtschaftlich und technisch tragfähige Lösungen bieten, Planungs- und Investitionssicherheit schaffen und lokale Unternehmen frühzeitig in den Prozess einbinden. Der Erhalt und der Weiterbetrieb bestehender Biogas-Anlagen, die zur regionalen Wertschöpfung und Energiesicherheit im Landkreis Marburg-Biedenkopf beitragen können, sollte priorisiert geprüft werden. Dort wo wirtschaftlich sinnvoll, sollten bestehende Anlagen in der kommunalen Wärmeplanung Berücksichtigung finden, der regionale Vertrieb von Wärme und Strom aus Biogas-Anlagen sollte im Rahmen der Möglichkeiten unterstützt werden.

Zudem sollten Technologien berücksichtigt werden, die die regionale Wertschöpfung stärken. Fernwärme als Alternative zu anderen Technologien der Wärmeversorgung muss transparent und zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden.

6. Realistische Ziele setzen:

Realistische und erfüllbare Ziele für den Pfad zur Klimaneutralität sind notwendig, um Planungssicherheit und Glaubwürdigkeit zu gewährleisten. Die Politik sollte sowohl die Belange der Wirtschaft als auch Ressourcenengpässe kleinerer Kommunen berücksichtigen. Zielkonflikte – etwa zwischen Landwirtschaft, Naturschutz und Energiewende – müssen transparent benannt und pragmatisch gelöst werden.

Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg
Kurfürstenstraße 9
34117 Kassel
0561 7891-0
info@kassel.ihk.de